

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Weiss (München) und der Fraktion DIE GRÜNEN

Bau eines Schutzraums am Hauptbahnhof Paderborn

Der Presse ist zu entnehmen (vgl. Neue Westfälische, 3. März 1990), daß am Hauptbahnhof Paderborn derzeit ein „bombensicherer“ Schutzraum für betriebswichtiges Personal des Bahnhofs entsteht.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Kann die Bundesregierung die oben zitierten Angaben des Sprechers der Bundesbahndirektion Essen bestätigen?
2. Worin ist die Notwendigkeit dieser Anlage begründet?
3. Wer ist Auftraggeber des Baus, und wer finanziert ihn aus welchem Etat?
4. Ist die Stadt Paderborn an den Kosten beteiligt?
5. Wie hoch sind die Gesamtkosten der Baumaßnahme?
6. Gibt es andere Bahnhöfe, die mit Schutzräumen für betriebswichtiges Personal ausgestattet sind bzw. ausgestattet werden sollen?
7. Um welche Bahnhöfe handelt es sich gegebenenfalls?
8. Ist der im Bau befindliche Schutzraum als Zufluchts- oder als Betriebsraum gedacht?

Bonn, den 13. März 1990

Weiss (München)

Hoss, Frau Schoppe, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

III. Zur weiteren Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland

1. Welche Forschungseinrichtungen oder Laboratorien bestehen in der Bundesrepublik Deutschland mit Hochsicherheitsstandards für die Handhabung von biologischem Material großen Risikos (Angaben nach Artikel V. 1 Abschlußresolution)?
2. Welche Forschungsprojekte in engem Zusammenhang mit dem Vertrag (z. B. B-Waffen-Defensivforschung) sind in der Bundesrepublik Deutschland z. Zt. in Arbeit?
3. Wie kann ein unbefangener Beobachter bei jedem einzelnen dieser Projekte erkennen, daß es sich um defensive Forschung handelt, also eine – auch mißbräuchliche – offensive Nutzung der Ergebnisse mit Sicherheit ausgeschlossen ist?
4. Wie läßt sich bei dem vom Bundesverteidigungsministerium finanzierten Arbo-Viren-Projekt an der Tiermedizinischen Hochschule Hannover ausschließen, daß während des Projekts neue Erreger erzeugt werden, die sowohl für die Impfstoffentwicklung als auch für offensiven Einsatz genutzt werden könnten?
5. Welche Forschungsprojekte in engem Zusammenhang mit dem Vertrag sind in der Bundesrepublik Deutschland geplant? Welche Forschungseinrichtungen sollen beteiligt werden, und wie hoch werden die Kosten sein?
6. Warum ist die Bundesregierung nicht bereit, grundsätzlich auf die Beteiligung militärischer Stellen und die Nutzung militärischer Haushaltsmittel bei der Förderung gentechnischer Forschung zu verzichten?
7. Welche gentechnischen Forschungsvorhaben werden gegenwärtig aus Mitteln des Verteidigungshaushalts oder der Zivilen Verteidigung in welcher Höhe gefördert? Für welche Vorhaben ist eine solche Förderung geplant?
8. In welchem Umfang ist eine Veröffentlichung der Ergebnisse der in den vorhergehenden Fragen angesprochenen Projekte geplant?
9. Ist die Bundesregierung bereit, bei allen diesen Projekten Vor-Ort-Inspektionen durch unabhängige Wissenschaftler zuzulassen, um das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Umsetzung des B-Waffen-Abkommens zu stärken?

Bonn, den 11. Dezember 1986

Dann

Lange

Borgmann, Hönes und Fraktion

